

länden des Westens — und es wird sich dann schon die Stellungnahme des internationalen Sozialismus zum russischen Bolschewismus und seiner Aktion in Russland grundlegend ändern! Oder auch so: Laßt uns in Ruhe, und wir werden den Kampf gegen euch einstellen...

So verlockend sich eine solche Aufstellung der „Einflussphären“ auch ausnimmt, so ist sie doch offensichtlich utopisch und paßt schlecht zu den internationalen Verpflichtungen, die der europäische Sozialismus gegenüber dem russischen Proletariat zu erfüllen hat.

Es ist wenn der Prozeß der kapitalistischen Entartung der bolschewistischen Diktatur zum Abschluß gelangt ist, wird mit dem Aufhören der aktiven Eingriffe des russischen Kommunismus in die internationale Arbeiterbewegung gerechnet werden können. Bis dahin wird aber auch der realistische Rückgel des russischen Bolschewismus auf die Ideologie der sozialen Weltrevolution und die Erhaltung seiner Stützpunkte in der internationalen Arbeiterbewegung einen gänzlichen Verzicht weder leisten können noch wollen. Einmal müssen die Moskauer Diktatoren auf den revolutionären Utopismus eines Teiles ihrer russischen Gefolgschaft, der die Kosten der Diktatur und der Prop nur um der kommenden Weltrevolution willen in den Kauf nimmt, Rücksicht nehmen; denn in den Augen dieser Arbeiterschichten entfällt mit den Aussichten auf die Weltrevolution auch jede Berechtigung der terroristischen Diktatur. Zum andern sind aber die Sektionen der Kommintern willkürliche Werkzeuge und nicht unbedeutende Trümmer in den Händen der doppelgesichtigen Sowjetdiplomatie, die zwischen der außenpolitischen Prop und der revolutionären Tarnmitteltechnik dauernd hin- und her schwankt. Drittens haben die Sektionen der Kommintern, wie kürzlich in einer militärtechnischen Veranstaltung in Moskau berichtet wurde, eine militärisch-strategische Bedeutung als Mittel des Sowjetstaates zur Schwächung und Zerlegung der Gegner im Kriegsfalle. Schließlich ist die Erhaltung der Positionen im Westen für die russischen Bolschewisten notwendig für den Fall, daß sie Russland verlassen und ihre Tätigkeit ganz und gar nach dem Westen verlegen müßten.

Aus all diesen Gründen ist ein Verzicht auf die Beeinflussung der europäischen Arbeiterbewegung für die russischen Kommunisten ohne Unterschied der Abtätung un- denkbar. Lassen wir aber die Frage von der andern Seite an und erwägen, ob die europäischen sozialistischen Parteien den russischen Bolschewismus „in Ruhe lassen“ können, falls er auf seine Angriffe verzichtet, so erhalten wir ebenfalls eine negative Antwort. Denn es kann doch wahrhaftig nicht vergessen werden, daß es in Russland, außer den an der Macht befindlichen Bolschewisten, ein millionenfaches Proletariat gibt, dessen Schicksal der Arbeiterklasse der Welt nicht gleichgültig sein kann, solange sie den Ueberlegungen des Internationalismus treu bleibt. Die bürgerliche Entartung der russischen Diktatur modifiziert das Proletariat immer mehr zu einer realen Klasse, die nicht machtwort genug ist, um in den Bedingungen der Diktatur ihre wirtschaftliche und politische Verfassung abzuwenden. Je weniger das russische Proletariat unter diesen Umständen auf seine eigene Kraft bauen kann, desto nötiger hat es die allseitige Unterstützung durch das internationale Proletariat. Und es kann und darf nicht sein, daß der europäische Sozialismus aus praktischen Augenblickserwägungen das entzweitete und desorganisierte russische Proletariat im Stich läßt, um als Gegenleistung eine tagelange Verpöschung der Moskauer Diktatoren zur Nichtbeteiligung im Westen einzutauschen.

Auch im Hinblick auf die eigenen Interessen können sich die sozialistischen Parteien der europäischen Länder auf eine solche „Aufstellung der Einflussphären“ nicht einlassen. Denn in der Tat ist ein erfolgreicher Kampf gegen die kommunistische Ideologie und Praxis im eigenen Lande ohne die entsprechende Bewertung des „russischen Experiments“, ohne scharfe Kritik von den theoretischen Irrtümern des „Leninismus“, ohne die rücksichtslose Enttarnung der Innen- und Außenpolitik der Moskauer Diktatur, die um so schädlicher und gefährlicher ist, je revolutionärer und sozialistischer sie sich gibt, in keiner Weise möglich.

Auf die verlockenden, aber irrealen Hoffnungen, den Befreiungsprozeß innerhalb der Arbeiterbewegung auf irgendwelchen diplomatischen Umwegen zu beschleunigen, muß endlich verzichtet werden. Dieser Prozeß ist langwieriger und schwieriger, als es den Anschein hat. Die Einstellung der russischen Eingriffe und Subventionen, so wichtig sie auch wäre, kann die Frage nicht lösen. Die europäische Sozialdemokratie kann ihr Ziel, die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung in allen Ländern, nur auf dem bewährten Wege des ungeschwächten Kampfes gegen Theorie und Praxis des Bolschewismus bei gleichzeitiger Entfaltung des eigenen Kampfes um die Interessen der Arbeiterklasse erreichen.

Die Arbeitslosen-Statistik

SPD. Die bereits angekündigte Statistik über die Gliederung der Erwerbslosen nach den verschiedenen Unterstützungsperioden liegt nunmehr vor. Sie bietet folgenden Bild: Inner 13 Wochen Unterstützte 966 156, über 13 Wochen 465 600, über 39 Wochen 214 801 und über 50 Wochen Unterstützte 12 497. Diese 12 600 langfristigen Unterstützten werden ausgetrennt, wenn sie nicht binnen zwei Wochen Arbeit erhalten, weil eine Verlängerung der Unterstützungsdauer über 52 Wochen nicht in Frage kommt. Bei den über 39 Wochen Unterstützten kann die Fortdauer der Unterstützung in Betracht kommen.

Ueber die Gesamtzahl der Ausgetrennten liegen auch im Augenblick nur ganz rohe Schätzungen vor. Schätzte auf die Schätzung der Ausgetrennten vom Reich vom Mai in Höhe von rund 45 000 nimmt man an, daß die Zahl der Ausgetrennten gegenwärtig rund 120 000 ausmache. Jedenfalls wird sie noch beträchtlich steigen.

Genaue Zahlen liegen dagegen für die Pflicht- und Rotkundsarbeiter vor. Die Zahl der Pflichtarbeiter beträgt nach der neuen Statistik 133 068 und die der Rotkundsarbeiter 130 101. Die Zahl der Rotkundsarbeiter ging vom 15. Mai bis zum 15. August um rund 40 000 zurück, vom Juni zum August um rund 11 000.

Der Rückgang der Zahl der Rotkundsarbeiter ist geradezu verblüffend. Er läßt sich nur dadurch erklären, daß während Schwanden trotz einer Verstärkung der Parteien und trotz einer Wüdigung der Parteibedingungen der jugendliche Anteil immer noch zu klein ist. Das gilt aber nicht für alle Gemeinden. An vielen Stellen läßt sich bei etwas mehr Justizialen auch mehr Rotkundsarbeit beschaffen. So könnten in Berlin, um ein Beispiel heranzuziehen, bei den Arbeiten am Heberge-Park leicht 500 bis 600 Mann mehr Beschäftigung finden, wenn man etwas schärfer über die bürokratischen Forderungen hinwegkäme. Für die Parteiarbeiter kommt noch ein anderer Bildrand in der Nähe der Langjahrarbeit in Frage. Die Arbeiter können nicht in Angriff genommen werden, weil — die mal die Berliner Parteiorganisationen in Ruhe und Schweregelassen nach. Man kommt bei der

Frage der Besitzverhältnisse nicht ins Reine. Man könnte aber sehr wohl unter Zurückstellung der noch strittigen Restfragen einwirken mit der Arbeit anfangen. Oder ein anderes Beispiel: Auch der Bahnbau Liebenwalde-Jehdenitz-Meufus ist noch immer nicht in Angriff genommen worden. Dieser Bahnbau soll den großen Ziegeleien im Norden von Berlin den Anstoß an das Berliner Verkehrsnetz bringen. Dieser konnte mit dem Bau nicht begonnen werden, weil der Reichsverkehrsminister auf Befehl der Reichsbahn die Genehmigung verweigert hatte. Das Ministerium hat jetzt seinen Einspruch zurückgezogen. Nun kommt von neuem die Reichsbahn und verlangt vom Kreis eine Rentabilitätsberechnung. Der Hord dieses Verlangens ist natürlich der, die Sache weiter zu verschleppen. Die Interessenten des Projekts wollen nun an den Reichstag appellieren. Bei den Bahnarbeitern könnten mindestens 700 Mann zum größten Teil als Rotkundsarbeiter Beschäftigung finden.

Über 300 Mann, dort 700 Mann bei zwei rein zufällig herausgegriffenen Beispielen! Wie viele solcher Fälle gibt es in Deutschland! Unter diesen Umständen braucht man sich natürlich nicht zu wundern, wenn die Zahl der Rotkundsarbeiter zurückgeht. Dieser Rückgang ist eine Schande für die maßgebenden Stellen oben wie unten.

Griechische Neuwahlen

H. Athen, 2. September. (Eig. Draht.) In den Kreisen, die sich zum Sturz der Diktatur zusammengesunden hatten, sind tiefgehende Differenzen über die zukünftige Politik entstanden. Während der neue Ministerpräsident Konialis selbst und seine Anhänger wiederholt betont haben, daß man mit dem gestürzten Diktator sowie den Politikern und Offizieren, die seine Herrschaft unterstützt haben, zwar energisch, aber mit strenger Berechtigung und ohne alle Leidenschaft verfahren wolle, macht sich eine starke Strömung im Offizierskorps, besonders in den Garnisonen Athen und Saloniki, geltend, die

Europa für die britischen Bergarbeiter

S. London, 2. September. (Eig. Draht.) Die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter nahm am Donnerstag zunächst einen Lagebericht aus den einzelnen Bezirken entgegen. Anschließend fand eine Sitzung des Exekutivkomitees des Bergarbeiterverbandes statt. Es wurde hauptsächlich ein Antrag beraten, durch den die Exekutivkonferenz der Delegiertenkonferenz mit unbedingtem Votum in allen für Verhandlungen mit den Erwerbsbesitzern und der Regierung ausgeschaltet werden soll.

Vom Internationalen Gewerkschaftsbund wird und geschrieben:

In der ganzen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung des Kontinents findet man zur Zeit in Zeitdruck den Appell: Heißt den britischen Bergarbeitern! In allen Ländern sind die Sammlungen in vollem Gange. In Holland sind fast gesamt der Unterstützungsarbeiten im Betrage von 25 Cent in London. Diesem Beispiel der Leistung pro Kopf folgt nun auch Österreich, das beschlossen hat, von allen Mitgliedern so rasch als möglich einen einmaligen Ertragsbeitrag von 10 Groschen zu erheben. Das Geld wird zunächst von den einzelnen Gewerkschaften gesammelt. Da die österreichischen Gewerkschaften 700 000 Mitglieder zählen, kann mit einem Beitrag von circa 700 000 Schilling gerechnet werden. Seit der Herausgabe eines speziellen Aufrufs des IGB, zugunsten der englischen Bergarbeiter sind, abgesehen von der Beträge der früheren Hilfsaktionen, wieder beträchtliche Summen von Holland, Deutschland und Schweden eingegangen. In Deutschland und den andern Ländern werden die bereits laufenden Sammlungen mit erhöhtem Eifer fortgesetzt. Auch in der Schweiz, wo, z. B. in Basel, auf öffentlichen Plätze eine von der Sozialdemokratischen Partei einberufene und von der kommunistischen Partei unterstützte Massenkundgebung abgehalten wurde, hat das Exekutivkomitee der Landeszentrale einen Appell zur Hilfe erlassen. Ähnliche Aufrufe ergingen in den andern Ländern an die Arbeiter.

Ein geschichtliches Ereignis

Italien wird für Deutschland stimmen

P. Paris, 2. September. (Eig. Draht.) Der Sonderkorrespondent der Information in Genf gibt die feierliche Aufnahme Deutschlands in den Bund für gesichert. Mussolini habe, im Widerspruch zu den Informationen einiger Zeitungen, in Genf mitteilen lassen, daß der Delegierte Italiens zugunsten Deutschlands stimmen werde. Wahrscheinlich Freitag den 10. September werde in Genf die große Manifestation zu Ehren des Eintritts Deutschlands stattfinden. Es könne als Widerspruch erscheinen, daß gerade Deutschland mit besonderer Ehren in Genf aufgenommen werden solle. Aber die Rückkehr des Deutschen Reiches in die Gemeinschaft der großen Völker sei ein geschichtliches Ereignis, das hoffentlich eine neue Ära des europäischen Friedens einleiten werde.

Tritt Spanien aus?

H. Genf, 2. September. (Eig. Draht.) Der Völkerverbund trat am Donnerstag vormittag zunächst zu einer vertraulichen Sitzung zusammen, an der sich der spanische Vertreter nicht beteiligte. Die Sitzung wurde um 11.30 Uhr für öffentlich erklärt und befaßte sich dann mit Verkehrs- und Transfragen. Der Bericht der ständigen Mandatskommission des Völkerverbundes über ihre neunte Tagung wurde von der Tagesordnung abgelehnt.

Am Nachmittag, um 6 Uhr, trat die Studienkommission zur endgültigen Beratung ihres Schlussberichtes zusammen. Die Sitzung dauerte wider Erwarten über zwei Stunden und wurde dann abgebrochen. Der Bericht der Kommission enthält eine gedrungene Wiederholung der Verhandlungen und ihres Ergebnisses. In ihm sind außerdem die Schlussfolgerungen der einzelnen Regierungsvertreter wiedergegeben. An die Verlesung der Berichte schloß sich eine sehr lange Diskussion mit teilweise neuen Präzisionen der früher abgegebenen Erklärungen, reaktionellen Wendungen usw. Ramenlich vermochte man sich nicht darüber zu einigen, wie die besondere Lage Spaniens, Polens und Chinas im Bericht festgehalten werden kann. Die Sitzung wurde deshalb schließlich auf Freitag vormittag 10 Uhr vertagt. Der Präsident der Kommission, Lord Robert Cecil, und das Sekretariat wurden beauftragt, für die Freitagssitzung eine neue Fassung der

ein hartes Strafgericht mit den früheren Maßnahmen fordern.

Der frühere Ministerpräsident Kafandaris hat sich zum Wortführer dieser Richtung gemacht. Die Veröffentlichung des Wortlauts der neuen Verfassung und der Verordnung über den Termin der auf Grund des Verhältniswahlrechts durchzuführenden Neuwahlen sollen die Wahlen am 24. Oktober stattfinden.

Der frühere Ministerpräsident Venizelos erklärte seine Bereitschaft, im Kabinett Jondylis den Posten eines Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amt anzunehmen. Außenminister im Kabinett Jondylis ist bekanntlich der bischopische griechische Gesandte in Ankara Agnopoulos.

Kleine politische Nachrichten

Schießwütiges Hinterpack D. Köln, 2. September. (Eig. Draht.) In Köln überfiel am Donnerstag ein 60 Mann starker Trupp Hiltelerute einen Kriegsbefehlshaber, der über die Soldatenpielerlei der Hiltelerute eine abfällige Bemerkung gemacht hatte. Als das Publikum sich gegen sie wandte, schossen die Hiltelerute, geächteterweise ohne jemand zu verletzen. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

SPD. Die Arbeitsausgeglichenheit ist endlich im Reichsarbeitministerium festgesetzt worden. Im Augenblick ist man nur noch mit der Abfassung der Verordnung beschäftigt. Die Vorlage kann also mancher an den Reichswirtschaftsrat gelangen. Öffentlich hört man bald die Geheimnisfrämerei auf, die gerade mit diesem Gesetzesentwurf getrieben wurde. Bei der unglücklichen, ständig steigenden Bedeutung der Arbeitsausgeglichenheit, immerhin die Arbeitsausgeglichenheit, deren Kernstück die Arbeitsausgeglichenheit ist, gar nicht schnell genug herauskommen. Im übrigen sieht Geheimdiplomatie gerade dem Reichsarbeitministerium am allerwenigsten zu Gesicht.

Die gemeinsame Delegation des Britischen Gewerkschaftsbundes und der Britischen Bergarbeiterdelegation, die am Montag in Antwerpen in Verbindung trat, hat ihre Reise durch Europa begonnen und bereits mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund in Vöckum und den leitenden Stellen des IGB in Verbindung genommen. Der deutsche Bundesvorstand wird in den kommenden Wochen in einer Reihe von Städten in ganz Deutschland Massenversammlungen veranstalten, auf denen die Mitglieder der britischen Delegation das Wort ergreifen werden. Besprechungen mit der dänischen Landeszentrale folgen in der laufenden Woche. Nach dem 6. September sind Sitzungen in Norwegen und eine Massenversammlung in Oslo vorgesehen. Ebenfalls in dieser Woche werden Massenversammlungen in Antwerpen, Rotterdam, dem Haag und Dordrecht im holländischen Bergbaugebiet abgehalten. Besuche in der Tschechoslowakei und Belgien sind geplant.

Das Verhalten der englischen Bergarbeiter, die in nichts der ihrer hartköpfigen Haltung abweichen, sowie der britischen Regierung, die die Forderungen abweist, und alles, selbst den von ihrer eigenen Kommission aufgestellten Reorganisationsplan über Bord geworfen hat, zeigt, daß die britischen Bergleute den Kampf zu Ende führen müssen. Die Front ist unerschütterlich! Die Zahl der zur Arbeit zurückkehrenden Bergleute ist entgegen den leuchtendsten Versichten der kapitalistischen Presse, andauernd, trotzdem die vielfach auf die Armenunterstützung angewiesenen Bergleute die Unterstützungen nur in Form von Anleihen und nur für Frauen und Kinder erhalten, während alleinstehende Bergleute, deren Zahl sehr groß ist, bei der Armenunterstützung überhaupt leer ausgehen. Wenn die im Streik stehenden Arbeiter, die bis jetzt circa 900 000 pro Woche einen Schilling Unterstützung erhalten, sich wöchentlich circa 45 000 Pfund Sterling nötig! Deshalb sind sehr große Beiträge! Sein Arbeiter des Kontinents soll bei dem Vorwurf stehen müssen, daß die in einem monatelangen bitteren Kampf entwickelten britischen Bergarbeiter hungern müssen! Denn es geht um ein Gut aller: den Achtstundentag!

beanstandeten Berichtsstellen vorzulegen. An dem sachlichen Beratungsergebnis der Studienkommission wird sich nichts ändern.

Die endgültige Entscheidung Spaniens, ob es sich aus dem Völkerverbund zurückzieht oder mit einem mehrjährigen nichtständigen Sitz zufrieden gibt, wird in der für Freitag nachmittag 3 1/2 Uhr anberaumten öffentlichen Sitzung des Völkerverbundes erwartet. In dieser Sitzung soll auch die endgültige Annahme des Berichts der Studienkommission erfolgen.

Die deutsche Delegation

D. Berlin, 2. September. Die deutsche Delegation, die sich zur Tagung des Völkerverbundes nach Genf begibt, wird aus dem Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, dem Staatssekretär von Schubert und dem Ministerialdirektor Gauß — beide vom Auswärtigen Amt — als Delegierten bestehen. Außerdem werden der Delegation angehören: der Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid (Soz.), Hans Bernstorff (Dem.), Dr. Kaas (Zentr.) und Friedrich von Hildebrand (L. Vp.), ferner die Staatssekretäre Dr. Winder von der Reichsfinanz und Reichsmann vom preussischen Staatsministerium, die Ministerialdirektoren Dr. Krep und Dr. Schaeffer sowie mehrere Sachverständige aus verschiedenen Reichsministerien.

Italienisches Dementi

P. Paris, 2. September. (Eig. Draht.) Die Pariser Abendblätter veröffentlichen ein Dementi der italienischen Regierung, in dem es heißt, daß Italien nie die Absicht gehabt habe, die Initiative zur Einberufung einer internationalen Konferenz über die Langerfrage zu ergreifen.